

Sitzungsniederschrift

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016
Sitzungsort:	Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Sitzungsdauer:	14:30 Uhr - 17:18 Uhr - öffentlich 17:19 Uhr - 17:20 Uhr - nichtöffentlich
Art der Sitzung:	öffentlich / nichtöffentlich

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigefügten Anlagen.

Niederschriftführer

Vorsitzender

Arno Fickus

Hans-Ulrich Ihlenfeld
Landrat

Anwesend waren:

Landrat Ihlenfeld
Potje, Claus
Rüttger, Frank
Pfuhl, Reinhold

als Vorsitzender
Erster Kreisbeigeordneter
Kreisbeigeordneter
Kreisbeigeordneter

Mitglieder CDU-Fraktion

Armbrust, Renate
Bechtel, Torsten
Grohe, Hans
Groß, Birgit
Hebinger, Stefan
Hoffmann, Theo
Kretner, Ralf
Kutschke, Sabine
Lorch, Lothar
Mittrücker, Norbert Dr.
Sauer, Friedel
Schanzenbächer, Elke
Schindler, Norbert
Seelmann, Peter
Stölzel, Reinhard
Wagner, Klaus
Wolf, Markus
Wolf, Walter

(fehlte entschuldigt)

(fehlte entschuldigt)

(fehlte entschuldigt)

Mitglieder SPD-Fraktion

Armbruster, Gerd
Brenzinger, Reinhard
Dormann, Jakob
Geis, Ruth
Germann, Andrea
Glogger, Christoph
Hauenstein, Martina
Niederhöfer, Reinhold
Pojtinger, Erich
Schreiner, Hans-Robert Prof. Dr.
Vogel, Adam
Wode-Buser, Martina
Wolf, Hans Dr.

Mitglieder FWG-Fraktion

Adam, Johannes
Ertel, Kurt
Eschmann, Friedrich
Nagel, Arnold
Rung-Braun, Heike
Stähly, Johannes

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Hoffmann, Rudolf
Magez, Pirmin
Maurer, Annette
Werner, Pia

Mitglieder FDP-Fraktion

Langensiepen, Heidi
Schrank, Edwin

Mitglieder AfD-Fraktion

Kräher, Wolfgang
Nieland, Iris (fehlte entschuldigt)

Mitglied Die Linke

Beck, Stefanie

Verwaltung:

Herr Martin,	Ltd. Staatl. Beamter
Herr Appel, Herr Schwalb, Frau Haas,	Abteilung 1 Controlling Gleichstellungsbeauftragte
Herr Pabst, Herr Kuntz, Frau Schott, Frau Fischer,	Abfallwirtschaftsbetrieb Abfallwirtschaftsbetrieb Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt
Herr Fickus,	Abteilung 1, als Niederschriftführer

T a g e s o r d n u n g :

Öffentlicher Teil:

1. Einwohnerfragestunde
2. Resolution Frauenhäuser - Antrag des Frauenbeirates
3. Schwimmunterricht für Schüler am Standort Grünstadt;
Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
4. Prüfung des Jahresabschlusses 2015 und Entlastung des Landrats und der Kreis-
beigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben.
Vorlage: 179/2016
5. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 197/2016
6. Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand ab 2017 (§ 2 b Um-
satzsteuergesetz UStG);
Beschluss zur Ausübung des Wahlrechts (Optionserklärung) nach § 27 Abs. 22
UStG
Vorlage: 199/2016
7. Wirtschaftsplan 2017 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürk-
heim
Vorlage: 183/2016
8. Wohnungsbaugenossenschaft „Bauhilfe“ eG Haßloch; Beendigung der Mitglied-
schaft
Vorlage: 203/2016
9. Kreisvolkshochschule (Kvhs) Bad Dürkheim;
a) Neufassung der Honorarrichtlinie für Kursleiterinnen und Kursleiter sowie Refe-
rentinnen und Referenten
b) Neufassung der Gebührenrichtlinie für die Teilnahme an Kursen und sonstigen
Veranstaltungen
Vorlage: 180/2016
10. Kuckucks-Bähnel Bahnbetriebs GmbH; Überlassungsvertrag, Absichtserklärung,
Bürgschaft
Vorlage: 200/2016
11. Auflösung der Gesamthand Eigentümerschaft nach § 6 Abs. 2 AGTierNebG
Vorlage: 174/2016
12. Gründung Energiegesellschaft
Vorlage: 184/2016

13. Nachwahl von stellvertretenden Mitgliedern in Gremien des Landkreises und Vertreter/innen des Landkreises in die Verbandsversammlung Sparkasse Rhein-Haardt und die Hauptversammlung des Landkreistages Rheinland-Pfalz
Vorlage: 205/2016
14. Nachwahl eines Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 181/2016
15. Nachwahl eines Mitgliedes in den Schulträgerausschuss des Landkreises Bad Dürkheim.
Vorlage: 173/2016

Nicht öffentlicher Teil:

Vertragsangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Kreistag Bad Dürkheim dem am 24. November verstorbenen Kreistagsmitglied Gerhard Postel.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Frau Christiane Gustavus, die ehemalig Mitglied im Kreistag war, am Tag vor dem Sitzungstermin verstarb. Auch ihrer wird gedacht.

Herr Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld verpflichtete Herrn Kurt Ertel als Mitglied des Kreistages durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten. Er verwies dabei insbesondere auf die Pflichten, die sich aus den §§ 14, 15 und 23 LKO ergeben.

Über die Verpflichtung wurde eine Niederschrift gefertigt.

Auf Befragen wurden keine weiteren Wünsche zur Tagesordnung gestellt.

Öffentlicher Teil:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 1

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☐ entscheidend ☐ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☐ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	
☐ JA -Stimmen	☐ Nein -Stimmen	☐ Enthaltungen

Tagesordnung:

Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Fragen von Einwohnern im Sinne des § 21 der Geschäftsordnung des Kreistages lagen nicht vor.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 2

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☒ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	
☐ JA-Stimmen	☐ Nein-Stimmen	☐ Enthaltungen

Tagesordnung:

Resolution Frauenhäuser - Antrag des Frauenbeirates

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die Resolution des Frauenbeirats über die grundsätzliche Sicherstellung der Finanzierung von Frauenhäusern und Schutzwohnungen zustimmend zur Kenntnis. Darüber hinaus beauftragt der Kreistag den Landrat des Landkreises Bad Dürkheim, Hans-Ulrich Ihlenfeld, sich mit den entsprechenden Stellen bei Bund und Land in Verbindung zu setzen, um diese Forderung zu unterstützen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende geht einleitend auf die Finanzierung des Frauenhauses „Lilla Villa“ im Landkreis Bad Dürkheim ein. So werden die Personalkosten der Einrichtung (3 Teilzeitmitarbeiterinnen) in Höhe von rd. 79.800 € werden zum größten Teil, ca. 77.000 € durch einen Landeszuschuss gedeckt. Die Mietkosten in Höhe von rd. 15.000 € werden teilweise durch die Tagessätze der Bewohnerinnen (rd. 9.200 €) getragen. Die

ungedeckten Personal- und Mietkosten, sowie die Sachkosten und sonstige Aufwendungen finanziert der Frauenhausverein über Spenden.

Kreistagsmitglied Kutschke, die ebenfalls als eine der drei Sprecherinnen des Frauenbeirats fungiert, begründet den Resolutionsantrag des Beirats. Da die Finanzierung des Frauenhauses, wenn auch nur teilweise, durch Spenden erfolgt, besteht ein hohes Maß an Unsicherheit, da nicht kalkulierbar ist, ob das tatsächliche Spendenaufkommen ausreicht die entstehenden Kosten zu decken. Der Frauenbeirat fordert daher eine gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen.

Für die FWG-Fraktion schließt sich Kreistagsmitglied Rung-Braun den Forderungen des Frauenbeirats an und sagt die Unterstützung der Fraktion zu.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehen ebenfalls die Notwendigkeit einer gesicherten Finanzierung, Kreistagsmitglied Werner teilt daher mit, dass die Fraktion zum Resolutionsantrag steht.

Die FDP-Fraktion werde aus grundsätzlichen Überlegungen heraus keine Resolution unterstützen, führt Kreistagsmitglied Langensiepen aus.

Auf die generelle Problematik der Gewalt gegen Frauen und der damit oft einhergehenden Flucht aus der häuslichen Umgebung, geht Kreistagsmitglied Germann von der SPD-Fraktion ein. Ein ausreichender finanzieller Unterbau der rd. 390 Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen die in Deutschland existieren, ist daher sicherzustellen.

Der Vorsitzende schlägt dem Kreistag vor, die Resolution des Frauenbeirats zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und ihn damit zu beauftragen, die Forderungen der gesicherten Finanzierung an die entsprechenden Stellen zu richten. Es herrscht Einvernehmen, dass die Beschlussfassung über diesen Vorschlag erfolgt.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 3

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☐ entscheidend ☐ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☐ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	
— JA-Stimmen	— Nein-Stimmen	— Enthaltungen

Tagesordnung:

Schwimmunterricht für Schüler am Standort Grünstadt;
Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage der Fraktion wie folgt:

Zu 1.

Schule:	Schwimmbad:	Schüler:	Umfang:
Leininger Gymnasium	Heinrich-Völker-Bad, Worms	19	2 Wochenstunden (Februar – Juli)
Hans-Zulliger-Schule	Kreiskrankenhaus Grünstadt	14	2 Wochenstunden/ Schuljahr
	Salinarium Bad Dürkheim	28	nur sporadisch

Zu 2a.

Beförderungskosten nach Worms (Heinrich-Völker-Bad) 267,50 € pro Fahrt (Hin- und Rückfahrt).

Gesamtkosten:

2013	2014	2015
4.012,50 €	5.617,50 €	4.280,00 €

Zu 2b.

Heinrich-Völker-Bad, Worms

Bahnnutzung pro Stunde: 15,00 €

Eintritt pro Person: 2,50 €

Gesamtkosten:

2013	2014	2015
1.063,00 €	2.439,00 €	1.832,50 €

Kreiskrankenhaus, Grünstadt

Nutzungsentgelt: 2.025,00 € jährlich (Basis: 9 Monate)

Zu 3.

Zur Ausführung des Lehrplans ist der Schulträger zur Übernahme der Beförderungskosten verpflichtet.

Gemäß § 15 Sportförderungsgesetz ist eine Auslagenerstattung an andere Träger durch den Landkreis zu zahlen.

Die Zahlung eines Nutzungsentgeltes für das Bewegungsbad des Kreiskrankenhauses Grünstadt ergibt sich aus dem Nutzungsvertrag vom 20.06.2000.

Zu 4.

Der Landkreis wird in Abhängigkeit der Lehrpläne der betroffenen Schulen einen Auslagenersatz nach § 15 Absatz 3 Sportförderungsgesetz für die Nutzung des Schwimmbades zahlen. Die Höhe des Auslagenersatzes ist mit dem Betreiber noch zu verhandeln.

In wie weit gegebenenfalls Beförderungskosten entstehen, bleibt abzuwarten.

Zu 5.

Der Landkreis wird den eventuell anfallenden und noch zu verhandelnden Auslagenersatz nach § 15 Sportförderungsgesetz ausgleichen. Ebenso die eventuell notwendigen Schülerbeförderungskosten tragen.

Darüber hinausgehende Zahlungen bzw. Beteiligungen wäre für den Landkreis eine freiwillige Leistung und mit der defizitären Haushaltslage nicht vereinbar.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 4

Drucksache **179/2016**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☒ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	
— JA-Stimmen	— Nein-Stimmen	9 Enthaltungen

Tagesordnung:

Prüfung des Jahresabschlusses 2015 und Entlastung des Landrats und der Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben.

Beschluss:

Der Jahresabschluss, nebst allen Anlagen, für das Haushaltsjahr 2015 wird in der Ergebnisrechnung mit einem Saldo in Höhe von 1.409.753,02 €, in der Finanzrechnung mit einem Saldo in Höhe von 3.182.896,96 € und einer Bilanzsumme von 310.080.257,90 € festgestellt.

Der Landrat und die Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben, werden entlastet.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Landrat Ihlenfeld, Erster Kreisbeigeordneter Potje, Kreisbeigeordneter Rüttger und Kreisbeigeordneter Pfuhl nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil und begeben sich in der öffentlichen Zuhörerraum.

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses zur Prüfung der Kreisrechnung 2015, Kreistagsmitglied Geis, geht auf die Sitzungen des Ausschusses zur Belegprüfung und die Beratungen zum Prüfbericht des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes ein. Im Zuge der Beratungen stellte sich hierbei im Ausschuss die Frage, ob dieser sich in der Prüfung mehr auf Schwerpunkte fokussieren sollte. Im Ergebnis kam der Ausschuss zum Ergebnis, dass die Schwerpunktsetzung in der Prüfung der jeweiligen Jahresrechnung durch das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt erfolge und dort mit der entsprechenden fachlichen Kompetenz abgearbeitet werden kann. Im Hinblick auf die Erkenntnisse aus dem Prüfbericht wird die Verwaltung aufgefordert, die Errichtung einer Zentralen Vergabestelle im kommenden Jahr konsequent anzugehen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen übt Kreistagsmitglied Maurer Kritik an den Umbaumaßnahmen des Kreises in einem von der Verwaltung angemieteten Objekt. Ursprünglich war statt dieser Anmietung eine Containerlösung für die Unterbringung der Mitarbeiter/innen angedacht. Ebenfalls bemängelt die Fraktion, dass sich ein positiver Effekt im Rechnungsjahr nur durch den Umstand einer nicht periodengerechter Abgrenzung der Buchungen ergeben habe. Nicht nachvollziehbar wäre es, dass Bad Dürkheim im Vergleich zu anderen Landkreisen doppelt so hohe Kassenkredite aufnehme, hier sieht die Fraktion starken Verbesserungsbedarf.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 5

Drucksache **197/2016**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☐ einstimmig	☒ mit Stimmenmehrheit:	
29 JA -Stimmen	14 Nein -Stimmen	— Enthaltungen

Tagesordnung:

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017

Beschluss:

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 werden in der vorberatenden Fassung beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Landrat Ihlenfeld weist nochmals auf die Rechtsänderung durch das Gesetz zur Verbesserung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene hin, das zu 01. Juli dieses Jahres in Kraft trat. Neben der Maßgabe grundsätzlich öffentlicher Sitzungen beinhaltet das Gesetz ebenfalls den sog. „offenen Haushalt“, wonach der Haushalt von der Zuleitung an die Gremien bis zur Beschlussfassung zur Einsicht durch die Bürgerinnen und Bürger verfügbar zu halten ist. Die Bürgerinnen und Bürger können dann innerhalb der 14 Tage-Frist Vorschläge zum Haushalt einreichen. Darüber hinaus stellt der Landkreis erstmalig einen interaktiven Haushalt im

Internet zur Verfügung, der die Möglichkeit bietet in alle Teilbereiche Einsicht zu nehmen. Zum Fristablauf am 08. Dezember, bzw. bis zum heutigen Sitzungstermin wurden keine Vorschläge zu Haushalt eingereicht.

Der Haushalt für das kommende Jahr plant mit Erträgen in Höhe von 190,3 Mio., denen Aufwendungen von 196,8 Mio. € gegenüberstehen. Zwar ist es gelungen das geplante Defizit gegenüber 2016 (- 14 Mio. €) um mehr als die Hälfte geringer zu veranschlagen, dennoch weist der Haushalt eine Unterdeckung in Höhe von 6.424.780 € im Ergebnishaushalt auf. Die Entwicklung wird auch im kommenden Jahr wieder von einer Vielzahl an Pflichtaufgaben des Kreises geprägt sein, freiwillige Leistungen können kaum mehr erbracht werden. Aufgrund der Unterfinanzierung ist es dem Landkreis nicht möglich aus eigener Kraft einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Hier stellt der Vorsitzende fest, dass der Kreis auch im kommenden Jahr auf Bund und Land angewiesen ist, die weitere Entlastungen für die kommunalen Haushalten ermöglichen sollten.

Bereits in der Haushaltsgenehmigung für 2016 mahnte die ADD eine spürbare Erhöhung der Kreisumlage an, die der Kreis jedoch nicht umsetzte. Der Vorsitzende stellt nochmals die Belastungen der Gemeinden bei der Bewältigung der Flüchtlingsthematik dar, die den Kreis 2016 bewogen hatten, diesen Schritt nicht zu gehen. Grundsätzlich vertritt der Landrat die Auffassung, dass die Beträge aus der Vorabmilliarde, welche zur Deckung der Kosten für die Eingliederungshilfe, den Landkreisen zustehen. Nach den Beratungen schlägt die Verwaltung vor, auch 2017 auf eine Erhöhung der Kreisumlage zu verzichten. Die ist unter anderem deshalb möglich geworden, da der Bund mit der sog. „Integrationspauschale“ noch in diesem Jahre einen Betrag von 3,1 Mio. € an den Landkreis durchreicht. Hier wird der Kreis die kompletten Möglichkeiten der vom Land vorgesehen Verteilung nutzen und von diesem Betrag 2,2 Mio. € über drei Jahre verteilt vereinnahmen. Dies bedeutet eine punktuelle Verbesserung des Kreishaushaltes, die zumindest einen Teilbetrag der Einnahmen ersetzt, die bei einer Erhöhung der Kreisumlage dem Kreishaushalt zugeflossen wären.

Kreistagsmitglied Stölzel sieht für die CDU-Fraktion in den Defiziten ein strukturelles Problem, insbesondere unter dem Aspekt, dass diese bereits seit Jahren nicht abgebaut werden können. Er lobt die Einsparanstrengungen der Verwaltung, die den Ergebnishaushalt um rd. 1,1 Mio. € verbessert haben. Eine Steigerung der Einnahmen des Kreises durch Erhöhung der Kreisumlage verbietet sich für die Fraktion aufgrund der ebenfalls angespannten Situation auf der Ebene der Kommunen. Hinsichtlich des Ausbaus der B 271 im Bereich Kirchheim, appelliert Stölzel die Anschlussstellen gleich beim Bau kreuzungsfrei zu gestalten. Hierdurch werde eine, auch für den Kreis kostenintensive Nachbesserung wie im Bereich Bad Dürkheim zurzeit, nicht notwendig werden.

Für die SPD-Fraktion stellt sich nach den Worten von Kreistagsmitglied Niederhöfer das geplante Haushaltsergebnis besser als im Vorjahr dar. Ein wesentlicher Faktor für die schlechte Situation des Kreises ist, dass fast alle Mittel durch gesetzliche Standards gebunden werden. In der Haushaltslage in der sich die Kommunen befinden, kann auf Bundeszuwendungen im Bereich der Integration in keinem Fall verzichtet werden, so Niederhöfer weiter. Er stellt weiterhin fest, dass sich die schlechtere Einnahmesituation der Kommunen aufgrund von Steuerausfall direkt auch auf die Ein-

nahmesituation des Kreises negativ auswirkt. In die Zukunft gerichtet, stellt sich für Gremien und Verwaltung die Aufgabe sich stark mit der Ausgabesituation auseinander zu setzen. Als wirkungsvolles Instrument wird sich hier hoffentlich das Instrument des Controllings erweisen.

Eine durch Bund und Land verursachte Misere sieht für die FDP-Fraktion Kreistagsmitglied Langensiepen die finanzielle Situation des Landkreises. Ein Unternehmen der Privatwirtschaft wäre in dieser Situation insolvent bzw. würde sich bereits im strafbaren Bereich der Insolvenzverschleppung befinden. Es werde seitens der Fraktion anerkannt, dass die Verwaltung sich stets um ein kostengünstiges Handeln bemüht, doch kann hierdurch die Situation nicht wirklich verbessert werden.

Zwar ergeben sich immer wieder im Laufe des Jahres positive Effekte, wie Kreistagsmitglied Werner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen feststellt, doch eine Verbesserung im Gesamten stelle sich hierdurch nicht ein. Positiv sieht die Fraktion, dass im Bereich der Sozialhilfe die Fallzahlen nicht mehr so stark wie in der Vergangenheit ansteigen. Ein wichtiger Bereich in den es zu investieren gelte, ist die Schullandschaft im Kreis, spricht sich die Fraktion für weitere Anstrengungen aus. Hinsichtlich der geplanten Verlegung des Rehbaches in Haßloch befürchtet die Fraktion höhere Folgekosten als dies bisher kommuniziert wurde.

Grundsätzlich sieht Kreistagsmitglied Kräher für die AfD-Fraktion eine innere ökonomische Stimmigkeit im Haushalt 2017, kritisiert jedoch, dass dieser zu stark von EU, Bund und Land beeinflusst wird. Die Fraktion fordert daher die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, so wie dies Artikel 5 des EU-Vertrages vorsieht. Eine kurzfristige Lösung zur Verbesserung der finanziellen Situation des Kreises sehe die Fraktion nicht. Nur langfristige Maßnahmen und durch eine adäquate Gegenfinanzierung der Pflichtaufgaben führen zu einer Verbesserung der finanziellen Situation des Landkreises.

Für die FWG-Fraktion stellt Kreistagsmitglied Rung-Braun fest, dass Einsparungen nur in der Struktur der Verwaltung und bei den freiwilligen Aufgaben möglich sind. Hier sieht sie die Parteien, die in Landes- und Bundesregierung vertreten sind in der Verantwortung um eine Entlastung der Kommunen zu schaffen. Weiterhin wird die Besetzung der Stelle Zentrales Controlling innerhalb der Verwaltung kritisch gesehen. Die Einstellung einer verwaltungsfremden Person wäre aus Sicht der Fraktion zielführender gewesen.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 6

Drucksache **199/2016**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☒ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	
— JA-Stimmen	— Nein-Stimmen	— Enthaltungen

Tagesordnung:

Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand ab 2017 (§ 2 b Umsatzsteuergesetz UStG);
Beschluss zur Ausübung des Wahlrechts (Optionserklärung) nach § 27 Abs. 22 UStG

Beschluss:

Der Kreistag stimmt einer verlängerten Anwendung des § 2 Abs. 3 UStG (mit Widerrufsrecht) und der Abgabe einer entsprechenden Erklärung gem. § 27 Abs. 22 UStG zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Optionserklärung gegenüber dem zuständigen Finanzamt abzugeben.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 7

Drucksache **183/2016**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☒ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	<u>4</u> Enthaltungen

Tagesordnung:

Wirtschaftsplan 2017 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2017 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim wird beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende gibt einen Überblick über das Zahlenwerk und die Eckdaten des Wirtschaftsplans. Er betont hierbei, dass keine Gebührenerhöhungen vorgesehen sind.

Für die SPD-Fraktion zeigt Kreistagsmitglied Dormann das niedrige Gebührenniveau im Landkreis auf, welches in anderen vergleichbaren Landkreisen nicht erreicht wird. Sehr positiv stellt sich die Solarenergie dar, sowohl in den erwirtschafteten Mitteln, als auch in den Auswirkungen auf die Umwelt.

Überschüsse werde die FWG-Fraktion mittragen, wenn diese an die Bürgerinnen und Bürger in irgendeiner Form zurückfließen, teilt Kreistagsmitglied Eschmann für die Fraktion mit. Die Fraktion spricht sich dafür aus, nunmehr die Deponiesanierung im Lambrechter Tal in Angriff zu nehmen.

Positiv sieht die CDU-Fraktion laut Kreistagsmitglied Bechtel dem Jahresabschluss des AWB entgegen. Die Planung des AWB stellt sich als nachhaltig dar, stellt er weiterhin fest. Hinsichtlich des Neubaus stellt er die Frage, ob dieser lediglich für die 21 Mitarbeiter/innen des AWB gedacht sei. Die Verwaltung korrigiert dies und teilt mit, dass in dem Gebäude rd. 50 Mitarbeiter/innen Platz finden, ein Teil hiervon aus dem Personalstamm der Kreisverwaltung.

Für eine Gebührenerhöhung hätte es nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keine Grundlage gegeben, stellt Kreistagsmitglied Magez fest. Die Fraktion fordert dazu auf, bestehende Rücklagen für die nachhaltige Sanierung der Deponien zu nutzen. Die weitere Entwicklung des AWB, insbesondere die Kostenentwicklung werde die Fraktion auch weiterhin kritisch begleiten.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 8

Drucksache **203/2016**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☐ einstimmig	☒ mit Stimmenmehrheit:	
23 JA -Stimmen	9 Nein -Stimmen	11 Enthaltungen

Tagesordnung:

Wohnungsbaugenossenschaft „Bauhilfe“ eG Haßloch; Beendigung der Mitgliedschaft

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Mitgliedschaft des Landkreises Bad Dürkheim in der Wohnungsbaugenossenschaft „Bauhilfe“ eG Haßloch zum 31.12.2017 zu kündigen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende führt erläuternd in den Sachverhalt ein und gibt hierbei Hintergrundinformationen zu Geschichte der Wohnungsbaugesellschaft.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen appelliert Kreistagsmitglied Werner einem Austritt aus der Gesellschaft nicht zuzustimmen. Bei dem aktuellen Zinstief bedeute der Mittelzufluss für den Kreis keine echte finanzielle Verbesserung. Durch den Austritt des Kreises befürchte die Fraktion jedoch große Nachteile für die Gesellschaft und deren soziales Engagement im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Es wird befürchtet, dass hierdurch sich der bezahlbare Wohnraum im unteren Mietsegment verringern werde.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 9

Drucksache **180/2016**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☒ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	
☐ JA-Stimmen	☐ Nein-Stimmen	☐ Enthaltungen

Tagesordnung:

Kreisvolkshochschule (Kvhs) Bad Dürkheim;

a) Neufassung der Honorarrichtlinie für Kursleiterinnen und Kursleiter sowie Referentinnen und Referenten

b) Neufassung der Gebührenrichtlinie für die Teilnahme an Kursen und sonstigen Veranstaltungen

Beschluss:

Die Neufassung der Honorarrichtlinie und der Gebührenrichtlinie für die Kreisvolkshochschule (Kvhs) Bad Dürkheim wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende legt dar, dass durch die Honorarerhöhung eine stärkere Bindung der Dozentinnen und Dozenten an die Bildungseinrichtung erzielt werde. Insgesamt übertreffen die Gebührenerhöhungen die Mehrausgaben im Honorarbereich, so dass keine negativen finanziellen Auswirkungen zu erwarten sind.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 10

Drucksache **200/2016**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☒ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	
☐ JA-Stimmen	☐ Nein-Stimmen	☐ Enthaltungen

Tagesordnung:

Kuckucks-Bähnel Bahnbetriebs GmbH; Überlassungsvertrag, Absichtserklärung, Bürgschaft

Beschluss:

1. Der Ergänzung des Überlassungsvertrages vom 01. Juni 1984 wird zugestimmt.
2. Der Landkreis Bad Dürkheim erklärt die grundsätzliche Bereitschaft, erforderliche weitere Investitionsmaßnahmen gem. Investitionsplan, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel mitzufinanzieren.
3. Der Landkreis Bad Dürkheim erklärt die grundsätzliche Bereitschaft, mit einem Drittel für etwaige Erstattungsansprüche aus den Landeszuwendungen zu bürgen. Der Landkreis Bad Dürkheim bürgt zu einem Drittel für etwaige Erstattungsansprüchen aus der beantragten Landeszuwendung 2017 in Höhe von insgesamt 69.000 €.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende geht nochmals erläuternd auf die Beschlussvorlage ein. Eine Aussprache wird im Gremium nicht als notwendig erachtet.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 11

Drucksache **174/2016**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☒ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	
☐ JA -Stimmen	☐ Nein -Stimmen	☐ Enthaltungen

Tagesordnung:

Auflösung der Gesamthandigentümerschaft nach § 6 Abs. 2 AGTierNebG

Beschluss:

1. Das Gesamthandigentum an den in § 6 Abs. 2 Landesgesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) vom 19.08.2014 (GVBl. S. 191-7831.1) näher bezeichneten Grundstücken wird aufgelöst.
2. Das Eigentum an den in § 6 Abs. 2 AGTierNebG näher bezeichneten Grundstücken wird auf den Altlastenzweckverband Tierische Nebenprodukte kostenfrei übertragen.
3. Der Kreistag stimmt vorbehaltlich einer Einigung des Altlastenzweckverbandes mit den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften des Saarlandes über eine Mitgliedschaft im Altlastenzweckverband deren Aufnahme zu.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 12

Drucksache **184/2016**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☐ einstimmig	☒ mit Stimmenmehrheit:	
37 JA -Stimmen	4 Nein -Stimmen	2 Enthaltungen

Tagesordnung:

Gründung Energiegesellschaft

Beschluss:

Der Gründung einer Energiegesellschaft mit der Pfalzwerke AG wird zugestimmt.
Dem vorgelegten Entwurf des Gesellschaftervertrages wird zugestimmt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende erläutert, dass die Aktivitäten der Gesellschaft strikt vom Gebührenhaushalt des AWB getrennt sind. Der erwirtschaftete Gewinn der Gesellschaft ist jedoch an den Kreishaushalt abzuführen, so die Maßgabe der Aufsichtsbehörde. Hinsichtlich des fakultativen Aufsichtsrats stellt der Vorsitzende nochmals klar, dass unter Berücksichtigung des Gesellschaftsrechts die einheitliche Stimmabgabe der durch den Kreis gestellten Mitglieder des Aufsichtsrates nicht zu beanstanden ist.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Kreistagsmitglied Magez die Sinnhaftigkeit einer Fotovoltaikanlage fest. Kritik äußert die Fraktion jedoch daran, dass zum Betrieb der Anlage eine Gesellschaft mit den Pfalzwerken gegründet wird. Die Fraktion vertritt den Standpunkt, dies könne der AWB auch in Eigenregie umsetzen, bzw. in der bisherigen Form durch Verpachtung der notwendigen Flächen an einen Betreiber beibehalten. Ebenfalls wird die einheitliche Stimmabgabe nach den Vorgaben der Gemeindeordnung kritisiert, dies mache die Bildung eines Aufsichtsrates überflüssig.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 13

Drucksache **205/2016**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☒ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	<u> </u> Enthaltungen

Tagesordnung:

Nachwahl von stellvertretenden Mitgliedern in Gremien des Landkreises und Vertreter/innen des Landkreises in die Verbandsversammlung Sparkasse Rhein-Haardt und die Hauptversammlung des Landkreistages Rheinland-Pfalz

Beschluss:

Herr Kurt Ertel, Esthal, wird als stellvertretendes Mitglied in den Kreisausschuss, den Jugendhilfeausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss gewählt. Ebenfalls wird er als Mitglied in die Verbandsversammlung „Sparkasse Rhein-Haardt“ und als stellvertretendes Mitglied in die Hauptversammlung des Landkreistages Rheinland-Pfalz gewählt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Die FWG-Fraktion schlägt zur Nachwahl für die in der Vorlage benannten Mandate Herrn Kurt Ertel, Esthal, vor.

Es wurde durch einstimmigen Beschluss festgelegt, die Wahl offen, durch Handzeichen, durchzuführen (vgl. § § 33 Abs. 5 letzter Halbsatz LKO).

Das Stimmrecht des Vorsitzenden, Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, ruhte bei der Wahlhandlung gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 14

Drucksache **181/2016**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☒ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	
— JA-Stimmen	— Nein-Stimmen	— Enthaltungen

Tagesordnung:

Nachwahl eines Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss

Beschluss:

Als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss wird Frau Annette Martin gewählt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Es wurde durch einstimmigen Beschluss festgelegt, die Wahl offen, durch Handzeichen, durchzuführen (vgl. § § 33 Abs. 5 letzter Halbsatz LKO).

Das Stimmrecht des Vorsitzenden, Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, ruhte bei der Wahlhandlung gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 15

Drucksache **173/2016**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 14.12.2016

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☒ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	
☐ JA -Stimmen	☐ Nein -Stimmen	☐ Enthaltungen

Tagesordnung:

Nachwahl eines Mitgliedes in den Schulträgerausschuss des Landkreises Bad Dürkheim.

Beschluss:

Frau Andrea Probst wird als Vertreterin der Eltern für die Realschulen plus in den Schulträgerausschuss des Landkreises Bad Dürkheim gewählt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Es wurde durch einstimmigen Beschluss festgelegt, die Wahl offen, durch Handzeichen, durchzuführen (vgl. § § 33 Abs. 5 letzter Halbsatz LKO).

Das Stimmrecht des Vorsitzenden, Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, ruhte bei der Wahlhandlung gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.